



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/273 - 26. November 1955
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Zum Agrément für Zorin	S. 1
Die jugoslawische Volksarmee	S. 3
FDP-Entscheidung an diesem Montag	S. 5
Ein Ministerium für Staatssicherheit in der SBZ	S. 6
Pinay zur Saar-Situation	S. 7

Überfällig

sp. - Mit der Erteilung des Agréments für den ersten sowjet-russischen Botschafter in der Bundesrepublik, Zorin, geht ein in seinen vielfältigen Verpflichtungen nicht immer klar erkennbares und unwürdiges Spiel zu Ende. Zweieinhalb Monate - ein ungewöhnlich langer Zeitraum - hat es gedauert, ehe Bonn sich dazu entschloss. Fast hatte es den Anschein, als ob gewisse Kräfte das Tor nach Moskau wieder zuschlagen wollten, das Adenauer, zur Überraschung des deutschen Volkes und einer schockierten Weltöffentlichkeit, bei seinen Verhandlungen mit den sowjetrussischen Staatsmännern geöffnet hatte.

Wie erinnerlich, fand die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau in der deutschen Regierungsdelegation keine ungeteilte Zustimmung. Nur die Autorität des Kanzlers überwand die Zweifel und Widerstände. Kurz darauf wurde der Bundeskanzler krank. Während seiner Krankheit ereigneten sich bei den in Paris geführten Vorverhandlungen die merkwürdigsten Dinge, neue Vorbedingungen wie etwa die, die Zahl der Botschaftsangehörigen gegenseitig zu begrenzen, wurden genannt, auch stiessen sich der Regierung sehr nahe-stehende Zeitungen daran, dass die Sowjetunion gerade Zorin zum

Botschafter designierte, der für manche Leute der Inbegriff des Bürgerschrecks und Konspirateurs ist.

Bekam das offizielle Bonn Angst vor der eigenen Courage ? Es ist jedenfalls gut, dass mit dem Wiedererscheinen des Bundeskanzlers im Palais Schaumburg der Schlußstrich unter alle diese Manöver gezogen wurde. In absehbarer Zeit wird die Sowjetunion mit einem Botschafter in der Bundesrepublik vertreten sein.

Es ist auch schon deshalb gut, weil sich daran die Hoffnung auf die Rückkehr der von der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen neu entzünden kann. Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen der in diesem Fall bewiesenen Tolpatschigkeit der bundesrepublikanischen Diplomatie und der Verärgerung der Sowjetunion. Viele Tausende Deutsche bekamen sie zu spüren. War das notwendig ? Die Frage richtet sich an beide Seiten.

Wer die Sowjetunion in Bonn vertreten wird, weiss man, wer aber vertritt die Bundesrepublik in Moskau ? Immer neue Namen tauchen in der deutschen Liste auf, ein Beweis mehr, wie auch personell unvorbereitet das offizielle Bonn am Beginn eines neuen Zeitabschnittes deutsch-russischer Beziehungen steht. Er ist unter anderem auch dadurch gekennzeichnet, dass die Sowjetunion als einziger der Sieger des Zweiten Weltkrieges auf deutschem Boden zwei Botschafter unterhält - eine wahrhaft paradoxe und zum ständigen Widerspruch herausfordernde Situation, die mit der Normalisierung von Beziehungen zweier Völker nicht sehr viel zu tun haben kann. Der volle Sinn dieses Wortes wird erst dann erfüllt sein, wenn ein in Freiheit und Frieden geeintes Deutschland mit einem Botschafter statt derer zwei in Moskau vertreten sein wird.

Ein Monatsgehalt für die Wehrkosten

1p, Belgrad

"Jugoslovenska Narodna Armija", also Volksermee, ist die offizielle Bezeichnung der bewaffneten Macht Jugoslawiens, deren Oberbefehlshaber der Präsident der Republik, Marschall Tito ist. Titos Stellung als Chef der Streitkräfte ist nicht lediglich repräsentativ. Er ist Oberbefehlshaber mit allen Befugnissen, jedoch "im Rahmen der Verfassung und der vom Parlament erlassenen Wehrgesetze." In Friedenszeit steht ihm ein Landesverteidigungsrat zur Seite, zusammengesetzt aus den vier stellvertretenden Ministerpräsidenten, den Ministern für Landesverteidigung und des Äußeren und dem Generalstabschef. An die Stelle dieses Rates tritt im Kriegsfall ein ständiger "Kriegsrat" und aus bestimmten Mitgliedern der Regierung wird zusätzlich ein "Kriegskabinett" gebildet.

In allen diesen Gremien hat der Republikpräsident den Vorsitz. Die Entscheidung über Mobilmachung oder Kriegszustand trifft aber der Ministerrat, bzw. die Volksversammlung und nicht der Präsident-Oberbefehlshaber. Nur in zwei gesetzlich festgelegten Fällen ist Verkündung des Kriegszustandes möglich: wenn ein Angriff auf das Land droht oder wenn Jugoslawien einer Verpflichtung gegenüber den Vereinten Nationen oder einem anderen internationalen Vertrag nachkommen muß, also z.B. dem Balkanpakt. Nach Proklamation des Kriegszustandes, nicht aber in normalen Zeiten, erlaubt es ein Notstandsparagraph der Regierung, Gesetze außer Kraft zu setzen oder durch Verordnungen zu ersetzen. Der Staatspräsident ist hierzu nicht befugt. Solche Regierungsakte müssen durch die Volksvertretung sanktioniert werden. Eine bestimmte Frist ist hierfür allerdings nicht vorgesehen.

Für seine Landesverteidigung gibt Jugoslawien im gegenwärtigen Etat 175 Milliarden Dinar (2,4 Milliarden DM) aus, etwa 15 % des föderalen Haushaltes. Seit 1952, als noch 22 % für Verteidigungszwecke aufgewendet wurden, ist also ein erheblicher Abstrich erfolgt. Dennoch ergeben 175 Dinar-Milliarden für Wehrzwecke eines Landes mit etwas mehr als 17 Millionen Menschen zehntausend Dinar (DM 140) pro Kopf und Jahr. Bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von

achttausend Dinar (DM 100-110) ist also jeder in Arbeit stehende Jugoslawe mit mehr als einem Monatsgehalt an den Wehrkosten beteiligt.

Wehrdienst mit der Waffe ist Pflicht, ausgenommen für die Frauen, doch müssen auch die Mädchen an der gesetzlich vorgeschriebenen vormilitärischen Ausbildung teilnehmen. Wer zum Kriegsdienst untauglich ist, ist zum Arbeitsdienst verpflichtet, dessen Grenzen, auch für Frauen, sehr weit gesteckt sind. Außerdem kann, in Fortführung der Partisanen-Tradition, im Kriegsfall die örtliche Bevölkerung, Männer und Frauen, zu einer sogenannten Landeswehr eingezogen werden, die von der Armee ausgerüstet und von den kommunalen Behörden, den sogenannten Volksausschüssen befehligt wird.

Die bürgerlichen Rechte werden durch den Wehrdienst nicht ausgeschaltet. Offiziere und Mannschaften sind wahlberechtigt und wählbar. Als Abgeordnete der Volksvertretungen werden sie zu deren Sitzungen beurlaubt und nehmen an ihnen in Uniform teil. Während der zweijährigen aktiven Dienstzeit spielt politische und staatsbürgerliche Schulung eine hervorragende Rolle in der Armee, in der jedoch seit einigen Jahren die Einrichtung der politischen Kommissare abgeschafft ist. Dass die Berufsoffiziere der Armee Mitglieder der KPJ sind, gilt als selbstverständlich. Ausgenommen hiervon sind die wenigen aus der Vorkriegszeit übernommenen aktiven Offiziere. Ihre Beförderungsmöglichkeit endet beim Oberst, sofern sie sich nicht schon in den ersten Kriegstagen der Tito-Bewegung angeschlossen hatte.

Besuch einer Militärakademie und Abitur sind Voraussetzungen für die Offizierslaufbahn. Offiziere, die sich ihre Sterne im Partisanenkrieg erkämpft haben, mußten in den letzten Jahren das Abitur nachholen oder den Dienst quittieren. Größter Nachdruck wird, im völligen Gegensatz zu den Bräuchen der früheren königlichen Armee, auf demokratische Umgangsformen im Verkehr zwischen Offizieren und Mannschaften gelegt. Erleichtert wird dies heute dadurch, dass der Offiziersnachwuchs ausschließlich aus Bauern - und Arbeiterkreisen entnommen wird. Dass ein LKW-Fahrer oder ein Metallarbeiter ein Major d.R. ist, gehört zum Charakter einer Volksarmee.

Die Gefahr, dass sich die Armee oder ihr Offizierscorps zu einem Staat im Staat entwickelt, besteht nicht. Das Regime hat verfassungsmäßig und psychologisch alle Vorkehrungen dafür getroffen, dass sich die Volksarmee als den hervorragenden, sogar den tragenden Pfeiler des Regimes betrachtet.

* * *

- 5 -

Das Kanzlerultimatum an die FDP

r. An diesem Montag werden die Führungskörperschaften der FDP die Frage beantworten müssen, ob sie der Forderung des Bundeskanzlers entsprechen wollen, ihm bis zu den Wahlen für den nächsten Bundestag eine, nicht nur aussenpolitische Blankovollmacht und eine Garantie für das eigene, freidemokratische Wohlverhalten während dieser Zeit zu geben, durch das "eine agitatorische Auseinandersetzung über die gemeinsame Arbeit der Koalitionsparteien bei den Bundestagswahlen 1957 ausgeschlossen wird".

Dieses bis zum 1. Dezember befristete Ultimatum des Kanzlers ist eine unwahrscheinliche Zumutung, selbst für einen Koalitionspartner, der sich im Laufe der Zeit an mancherlei gewöhnen musste. Aber das Ausmaß des nach Ansicht des Kanzlers für die FDP Zumutbaren hat die Partei durch ihr Verhalten in den letzten einundzwanzig Jahren im Grunde selbst bestimmt.

In der FDP sei man verwundert gewesen, hiess es am Freitag, welchen Zweck die Unterredung der Herren Dehler, Mende und Euler mit Herrn von Brentano gehabt habe, wenn der Kanzler trotz des befriedigenden Ergebnisses dieser Unterhaltung in einem zweiten Brief seine Forderungen wiederholt habe. Die Antwort darauf ist relativ leicht: Bei der Unterhaltung mit dem Außenminister ging es um die inzwischen offenbar erteilte Zustimmung der FDP zur kommenden aussenpolitischen Regierungserklärung; bei der Forderung Dr. Adenauers geht es um die generelle Festlegung der FDP für die Zeit bis zu den nächsten Wahlen, also vielleicht für die kommenden zwei Jahre. Der Unterschied sollte zu begreifen sein.

Dass der Kanzler ein so rigoroses Ultimatum glaubt stellen zu können, erklärt sich in erster Linie daraus, dass nach dem Ausscheiden des BHE aus der Regierung auch mit der FDP keine Zweidrittelmehrheit mehr vorhanden ist, eine einfache Mehrheit aber auch ohne sie jederzeit erreicht werden kann. Das ist der tiefere Sinn jener eiskalten Bemerkung aus dem ersten Kanzlerbrief an die FDP, ihm liege mehr an einer kleineren, aber geschlossenen, als an einer etwas größe-

ren, aber unzuverlässigen Mehrheit. Mit so hartem Griff, wie diesmal, ist noch nicht versucht worden, die FDP an die Kardarre zu nehmen.

Irgendwelcher Voraussagen über das Ergebnis der Beratungen in der FDP an diesem Montag möchten wir uns aus naheliegenden Gründen enthalten. Zu oft hat sich in dieser Hinsicht schon das Unwahrscheinliche ereignet.

* * *

Wollweber ist ein Programm

sp - Der dritte Anlauf zur Errichtung der Volksdemokratie in der Sowjetzone nach der gescheiterten Genfer Konferenz - die Ankündigung dieser Maßnahme auf dem kommenden Parteitag im März - ist kaum genommen; da folgen Schlag auf Schlag Maßnahmen, die durch die Verschärfung der Lage in der Sowjetzone dem Pankower Regime notwendig erscheinen.

Das bisherige Staatssekretariat für Staatsicherheit ist wieder in ein Ministerium zurückverwandelt und damit demonstrativ die Bedeutung des Terrors für die kommende Periode betont worden. Zu seinem Leiter ist nicht umsonst ein Terrorist berufen worden, dem nach dem Volksaufstand vom 17. Juni die Aufgabe übertragen wurde, den Freiheitswillen der Bevölkerung in der Sowjetzone zu brechen: Wollweber. Der Mann ist ein Programm und soll auch als solches wirken.

Auf die gleichzeitig getroffenen Maßnahmen zur Wiedereinführung der nach dem Neuen Kurs aufgelösten Koordinierungsstellen im wirtschaftlichen Bereich setzt man auch im ZK nur wenig Hoffnung. Die Konzentration aller Kräfte durch die Berufung Selbmanns zum Leiter der wichtigsten Koordinierungsstelle für Schwerindustrie zeigt die Einschätzung der Situation. Die Ersetzung des bisherigen Finanzministers Loch (LDP) durch den waschechten Kommunisten Rumpf liegt im Sinne der weiteren Einschränkung des Einflusses der bürgerlichen Marionettenparteien.

Als Folge des verschärften politischen und wirtschaftlichen Kurses sieht man bereits heute die Zwangsläufigkeit von gefährlichen Krisen und Erschütterungen. Gegen sie kennt man im sowjetischen Machtbereich nur ein Mittel: den verschärften Terror.

* * *

Frankreichs "moralische Verpflichtungen"

Unter dieser Überschrift schreibt zu den kürzlichen Erklärungen des französischen Außenministers Pinay im aussenpolitischen Ausschuss der französischen Nationalversammlung die "Saarbrücker Allgemeine Zeitung":

"Pinay sieht es als eine "moralische Verpflichtung an, dafür zu sorgen, dass dem erheblichen Teil der Bevölkerung, der das europäische Saarstatut bejaht hat, in Zukunft keine Nachteile aus seiner politischen Einstellung erwachsen." Der französische Außenminister sagte nicht, welche Massnahmen die französische Regierung zu ergreifen gedenkt. Eine Reihe von Massnahmen sei "bereits gutgeheissen worden, und weitere Massnahmen werden vorbereitet." Es ist ein ritterlicher Zug des französischen Außenministers, wenn er sich schützend vor die Freunde der französischen Politik an der Saar stellt. Nur wirkt es für diese peinlich, wenn Herr Pinay bestätigt, dass ihr Eintreten für das "europäische" Saarstatut rein französischen Interessen diene.

Wenn die Äusserung des Herrn Pinay nicht wieder eine neue Rückenstärkung für die kommende Wahl sein soll, dann wissen wir nicht, welchen Grund Herr Pinay für diese seine Ankündigung sonst haben sollte. Die politische Entwicklung nach dem 23. Oktober ist so ruhig und unter demokratischer Ordnung verlaufen, dass Herr Pinay gar keinen Grund hat, schützend einzugreifen. Er vergisst offenbar, dass die Abstimmung am 23. Oktober und die Wahl zum neuen Landtag am 18. Dezember zwei grundverschiedene politische Ereignisse sind. Nach dem 18. Dezember wird von dem erheblichen Teil der Bevölkerung, der das Saarstatut bejaht hat, nicht mehr viel übrig bleiben, denn inzwischen hat auch dieser erhebliche Teil der Bevölkerung erkannt, wober der Wind kommt."

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau